**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 58 (1978)
**Heft:** 12

**Rubrik:** Blickpunkt

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 02.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

## DISKUSSION UM EINE GLAUBWÜRDIGE LANDESVERTEIDIGUNG

Kürzlich sah sich der Chef des Militärdepartements, Bundesrat Gnägi, an einer verteidigungspolitischen Diskussion mit der für Aussenstehende grotesk anmutenden Frage konfrontiert, warum in Wiederholungskursen nur sehr beschränkt Übungsmunition für die Truppe vorhanden sei, während eben jetzt vom Bundesrat 30 Millionen Franken zum Kauf von Unterwäsche freigegeben würden – für Unterhemden, die wohl irgendwo in Zeughäusern eingelagert werden müssten. Die Antwort war rasch zur Hand: Die Finanzlage des Bundes bedingt rigorose Einsparungen, die auch vor der Landesverteidigung nicht haltmachen; darum ist scharfe Übungsmunition längst zum raren Artikel geworden. Anderseits hatte es der Bundesrat übernommen, unter dem Titel «Arbeitsbeschaffung für gefährdete Branchen» Investitionen und Käufe beschleunigt zu tätigen, die ohnehin gelegentlich fällig geworden wären. Daraus resultierte der Wäscheauftrag an die Textilindustrie.

Beides, die Rationierung der Munition wie die Beschaffung der Unterwäsche, entspringt also nicht einer flüchtigen Laune der Armeeleitung, sondern ist die Konsequenz von ausermilitärischen Rahmenbedingungen, mit denen sich grundsätzlich auch das Militärdepartement abzufinden hat. Die entscheidende Frage lautet in diesem Zusammenhang: Sind solche politisch bestimmten oder mitbestimmten Rahmenbedingungen nicht dazu angetan, die Verteidigungsbereitschaft allzu sehr zu beeinträchtigen? Sind nicht *sie* der tiefere Grund dafür, dass der Kommandant eines Gebirgsarmeekorps vorzeitig zurücktrat und in ungewöhnlicher Art den Weg in die Öffentlichkeit suchte, um auf das Bestandes- und Bewaffnungsproblem seiner Einheit und damit auf angebliche Schwächen des derzeit geltenden Armeekonzepts aufmerksam zu machen?

Diese Frage drängt sich um so mehr auf, als bekannt ist, dass zum Beispiel die Kanonen unserer Artillerierekruten teilweise doppelt so alt sind wie sie selbst, dass die Gebirgsinfanterie mit Minenwerfern aus dem Jahre 1933 ausgerüstet und das Maschinengewehr der Infanterie auch schon seine 27 Jahre alt ist. Vom Centurian-Panzer heisst es, er sei eine ausgezeichnete Waffe, doch fehle es am Geld für Unterhalt und rechtzeitige Überholung. Und in der Flugzeugbeschaffung sind im letzten Jahrzehnt Verzögerungen eingetreten, die es nötig machen, dass Düsenjäger aus dem Jahre 1953, die sonst überall im Museum stehen, in der schweizerischen Flugwaffe weiterhin zum Einsatz gelangen müssen.

Nun ist es zweifellos so, dass unter den heutigen Umständen eine durchgehende Ausrüstung auf den neuesten technologischen Stand ein Ding der Unmöglichkeit darstellt. Es müssen

Schwerpunkte gesetzt und zeitliche Staffelungen vorgenommen werden. Das wird auch vom einzelnen Wehrmann verstanden. Nur dürfen der Abstand zur waffentechnischen Entwicklung und die Einschränkungen der Ausbildung nicht so gross werden, dass der einzelne Soldat das Vertrauen in die eigene Verteidigungsbereitschaft verliert. Denn dieses militärische Selbstvertrauen war immer ein wesentliches Element der Glaubwürdigkeit unserer bewaffneten Neutralität nach aussen. Dieser Gesichtspunkt muss unsere Militärpolitik nach wie vor entscheidend bestimmen. Alles andere wäre unverantwortliche Augenwischerei.

Das hat offensichtlich auch der Nationalrat erkannt, der in der Oktobersession ein entsprechendes Postulat mit grosser Mehrheit überwiesen hat. Es beauftragt den Bundesrat, innerhalb des Militärbudgets durch gezielte weitere Einsparungen zusätzliche Mittel für die beschleunigte Beschaffung von modernem Kriegsmaterial freizusetzen und allenfalls auch eine Erhöhung der Militärausgaben unter diesem Titel ins Auge zu fassen. Es ist nur zu hoffen, dass dieses Bekenntnis zur Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft auch dann noch eine Parlamentsmehrheit finden wird, wenn es nicht mehr nur um eine Absichtserklärung, sondern um kostenträchtige Beschlüsse geht.

*Richard Reich*

## MOSKAUS WELTWEITES ÜBERENGAGEMENT

Der engere politisch-wirtschaftliche Zusammenschluss zwischen *Japan* und *China* hat die Sowjetunion im Fernen Osten vor neue Realitäten gestellt. In Umrissen erscheint ein asiatischer Block von einer Milliarde Menschen, basierend auf dem immensen Bevölkerungs- und Rohstoffpotential Chinas sowie dem technologischen *Know how* der Japaner – auf lange Frist eine beängstigende Perspektive. Und diese Allianz wird, wenn sie sich verfestigen sollte und man die Spekulation dann recht weit zieht, möglicherweise in der Lage sein, dank der engen Kontakte Japans zu Westeuropa und zu den USA diese Bindungen fortlaufend zu intensivieren und damit auch globalpolitisch *neue Akzente* zu setzen. Chinas jüngst immer stärker werdender Drang, sich bei den Industrieländern Europas mit Waffen einzudecken, öffnet möglicherweise das Tor zu ganz ungeahnten Entwicklungen.

Für die Sowjetunion müssen solche Aussichten, auch wenn ihre Auswirkungen in unmittelbarer Zukunft noch kaum zu spüren sein sollten, alarmierend wirken. Zwar hat der Kreml längst ebenfalls eine weit über die Ozeane greifende Strategie entwickelt, und sein Einfluss macht sich in *Kuba, Angola* und am *Horn von Afrika* in Bereichen geltend, in denen Russland keineswegs traditionell Hegemonialpolitik betrieben hat und in denen auch in keiner Weise direkte Interessen der UdSSR auf dem Spiele stehen. Nun aber droht diese welt-

umspannende Aktivität unterlaufen zu werden. Längst schon ist China für die Sowjetunion der viel gefährlichere Widerpart als die USA; durch das chinesisch-japanische Bündnis verschärft sich der Antagonismus Peking – Moskau automatisch; die gegenseitige Nervosität nimmt zu und die in den Medien zwischen den beiden kommunistischen Grossmächten täglich ausgetragene Polemik steigert sich mehr und mehr in ein Furioso hinein.

Die Sowjetunion hat auf die Vereinbarungen Chinas mit Japan aber nicht nur verbal reagiert, sondern zu einer Art *Umfassungsmanöver* ausgeholt, indem sie demonstrativ einen Beistandspakt mit *Vietnam* abschloss. Nun ist Vietnam schon seit längerer Zeit, spätestens seit Nixons spektakulärem Besuch in China 1972, dem Einfluss Pekings entglitten, und die Gegensätze haben sich in letzter Zeit laufend zugespitzt. An sich liegt es nur in der Logik der Entwicklung, dass die Sowjetunion und Vietnam in ihrer gemeinsamen Gegnerschaft gegen China näher zusammenrücken. Dass dies aber gerade in diesem Zeitpunkt geschieht, sollte ohne Zweifel ein *Signal* an Peking sein. Das ist dort auch so verstanden worden. Die verstärkten Bemühungen Chinas um engere Bindungen mit *Thailand* und *Malaysia* wie die massive Hilfe an *Kambodscha* sind deutliche Warnungen an die Adresse Hanois. Wenn vor der Haustür die Wachen des Gegners aufgestellt sind, wieviel nützt es dann noch, auf die Hilfe des grossen Bruders in Moskau zu vertrauen?

Ohne Zweifel wissen auch die vietnamesischen Führer, dass die Sowjetunion im Begriffe steht, ein Überengagement einzugehen, das sie, sollte tatsächlich einmal die Stunde der Wahrheit kommen, kaum überall und zu gleicher Zeit einhalten könnte. Die *Zersplitterung* der sowjetischen Kräfte auf den verschiedensten Kontinenten nimmt für die UdSSR allmählich problematische Formen an. Überall drängen zudem die neuen Bündnispartner Moskaus auf massive *wirtschaftliche Hilfe,* welche die Sowjetunion nur in beschränktem Masse geben kann. Das trifft auch für das neu verbündete Vietnam zu, und für dieses Land mehr als für manches andere. Der Nachholbedarf in einem Staat, der dreissig Jahre unter Kriegswirren gelitten hat und an seinen Wiederaufbau gehen möchte, ist übermächtig, und niemand weiss, ob der Kreml ihn in dem vorgesehenen und versprochenen Masse befriedigen kann.

So birgt das neue Engagement der Russen in Südostasien für Moskau neben der erhofften Entlastung neue schwere *Bürden.* Auch die Sowjetunion wird erkennen müssen, dass eine Supermacht nicht freie Hand hat im Eingehen von Verpflichtungen, sondern einmal an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stösst, wenn sie ihren Einsatz nicht gezielt und räumlich wie zeitlich beschränkt lenkt. Die Vereinigten Staaten haben in den sechziger Jahren diese Erfahrung teuer bezahlen müssen. Es scheint, dass die Sowjetunion aus diesem Beispiel wenig gelernt hat und im Begriff steht, sich auf einen ähnlichen Weg drängen zu lassen.

*Alfred Cattani*

## BUNDESFINANZREFORM – SANFTE BEERDIGUNG?

Die Reform der Bundesfinanzordnung befindet sich – das hat sich inzwischen herumgesprochen – in einer Sackgasse. Nachdem die Sozialdemokratische Partei jener Formel, wie sie sich in der Herbstsession im Nationalrat herausbildete, die Unterstützung entzogen hatte, und nachdem der Ständerat in der Sondersession an seiner ursprünglichen Linie weitgehend festhielt, ist der Graben zwischen links und rechts noch immer so breit, dass die Möglichkeit seiner politischen Einebnung kaum als gegeben betrachtet werden kann. Im Blick auf diese Situation liegt für die bürgerlichen Parteien der Gedanke nahe, in der Wintersession des Nationalrates mit einer eigenen Vorlage die Flucht nach vorne anzutreten. Die Strategie, die sich dabei anbietet, liegt auf der Hand: Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer mit einem der Wirtschaftslage angepassten Satz sowie Ausmerzung der kalten Progression bei der Wehrsteuer, wie dies dem Verfassungsauftrag entspricht. Eine Vorlage also, die sowohl in die konjunkturellen Profile unseres Landes passt wie auf die Erfahrung Rücksicht nimmt, dass der Souverän überladene Finanzvorlagen nur wenig goutiert.

Hat diese Strategie eine Erfolgschance? Ihre Grundannahme ist zweifellos bestechend. Indessen darf auch nicht übersehen werden, dass ihre Realisierung einige Risiken in sich birgt. Die Reihen der bürgerlichen Parteien sind in der Finanzpolitik bekanntlich keineswegs geschlossen; vielmehr sind Meinungsdifferenzen zu registrieren, die die Bildung einer schlagkräftigen finanzpolitischen Front nicht als sicher erscheinen lassen. Dies betrifft insbesondere die Frage, ob und gegebenenfalls wie weit der Nationalrat bei der Wehrsteuer nach links abweichen soll, ob und wie weit er bereit ist, der mehr als fragwürdigen Junktimpolitik Tribut zu zollen. Es ist offensichtlich, dass die «Wehrsteuerallergie» im Stimmvolk mehr und mehr um sich greift. Der Reichtumssteuercharakter der Wehrsteuer hat die Sensibilität der Steuerzahler erhöht. Je neutraler deshalb der Wehrsteuerteil in der Finanzvorlage, desto besser die Erfolgschancen.

Und dies um so mehr, als die Mehrwertsteuer in bürgerlichen Kreisen ebenfalls nicht unbestritten ist. Man hat sich bewusst zu sein, dass in unserem Lande noch keine Hauptsteuer auf dem ordentlichen Gesetzgebungswege eingeführt worden ist. Es braucht dazu ausserordentliche Impulse, die die Beschreitung ausserordentlicher Wege rechtfertigen. Allein schon die blanke Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer ohne finanzpolitisches Beiwerk wäre keine leichte Sache.

Im Vorfeld der Nationalratswahlen könnte sich eine erfolglose bürgerliche Finanzvorlage als zweischneidiges Schwert erweisen. Dies gilt es bei der Konzipierung des weiteren Vorgehens zu bedenken. Eine sanfte Beerdigung der alten wäre jedenfalls einer neuen Vorlage vorzuziehen, bei der eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie den Test der Volksabstimmung nicht zu bestehen vermag.

*Willy Linder*